



Brüssel, 6. Oktober 2006

Inge Gräßle (EVP-ED/CDU):

Verheugen-Kritik an Beamtenebene wirft Fragen nach Verwaltungsreform auf

Mit "Verwunderung" hat die CDU-Europaabgeordnete Inge Gräßle die Kritik von Industriekommissar Verheugen an der vorgeblichen Macht des Brüsseler Beamtenapparates aufgenommen. "Das Parlament muss die nach der Santer-Kommission erfolgte Verwaltungsreform dringend zum Thema machen und die bisherigen Ergebnisse untersuchen. Die Stärkung der politischen Verantwortung ist offensichtlich nicht gelungen. Die Distanzierung von Kommissar Verheugen von seiner eigenen Verwaltung ist genau das Gegenteil dessen, was erreicht werden sollte."

Neben diesem Grundsatzproblem sieht Inge Gräßle im Fall des Industriekommissars Verheugen auch noch ein spezifisches Problem, nämlich dessen geringe Kompetenzen. Er hat vornehmlich koordinierende Funktion und tritt daher hauptsächlich als Bittsteller gegenüber seinen Kommissarskollegen auf. Die widersprüchlichen Interessen könnten dann durchaus auch zu unterschiedlichen Anweisungen an die Beamten führen. "Es stellt sich deshalb auch die Frage, wie gelungen die bisherige Kompetenzaufteilung ist und wie einig die Kommission sich hinsichtlich ihrer politischen Schwerpunkte und Ziele ist".

Die Kritik komme eigentlich zum falschen Zeitpunkt denn erst jetzt, nach zweijähriger Einarbeitungsphase in die komplexe EU-Materie, ist die Kommission Barroso in der Lage, ihre volle Kraft zu entfalten. Als Schwäche des Systems sieht Gräßle dabei nicht zuletzt die räumliche Trennung der Kommissare von ihren Häusern. "Statt im Berlaymont-Gebäude zusammenzuglücken, sollten die Kommissare bei ihren Leuten in den Generaldirektionen sitzen. Jetzt haben sie sich mit ihren Kabinetten von den eigentlichen Entscheidungsabläufen selbst abgeklemmt. Außerdem vermissen wir, dass die die meisten Kommissare die Mühe auf sich nehmen, über ihre Ideen nicht nur zu reden, sondern sie auch stringent umzusetzen".

Die Kritik von Industriekommissar Verheugen am "Eigenleben" der EU-Beamten empfindet die Europapolitikerin als bedenklich. "Wenn die politische Ebene es aufgibt oder sich für unfähig erklärt, ihren Apparat zu beherrschen, dann sollte sie Konsequenzen ziehen".

Für weitere Informationen:

Büro Dr. Inge Gräßle, MdEP, Tel.: +32 - 2 - 2847868